

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 4 • 75. JG, NOVEMBER 2024

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Menschenrechte im Fokus

Historiker
Christopher Treiblmayr
im Interview

Seite 4/5



Gleichberechtigung:

Frauenrechte sind
Menschenrechte

Seite 6

Kinderrechte:


Zukunft ohne Gewalt
und Ungerechtigkeit

Seite 7

Koalitionsverhandlungen:

Chancen und Risiken
für die SPÖ

Seite 13/14



Der Schlüssel zum eigenen Haus steckt in einem guten Plan.

Lebe los.

Eines Tages wollen wir in unsere eigenen vier Wände einziehen. Bis vor kurzem hat uns dazu der Plan gefehlt. Inzwischen haben wir mit einem Ansparplan begonnen. Der legt uns das Fundament, auf das wir in Zukunft bauen können. **Kommen Sie zu den „Lebe los Wochen“ in die nächste HYPO-Filiale.**

Wir schaffen mehr Wert. www.hypo.at/lebe-los

HYPO
OBERÖSTERREICH



C
CENTRAL

WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Credit: Pixelkinder.com

Direkt auf der pulsierenden Landstraße und keine zehn Schritte weiter im Herzen einer Großstadtoase: Das CENTRAL besticht trotz verkehrsgünstiger Lage durch sein ruhiges und entspanntes Flair. Bei uns finden Sie ein professionelles Umfeld, eine moderne technische Ausstattung und natürlich den Charme des ehemaligen CENTRAL-Kinos. Die hervorragende Akustik und die flexiblen Ausstattungselemente bieten Raum für gelungene Events im besonderen Rahmen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Landstraße 36, 4020 Linz, +43 5 7726 1199, office@centrallinz.at, www.centrallinz.at

Menschenrechte als Kompass unserer Zeit



BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR

Am 26. August 1789 beschloss die Nationalversammlung Frankreichs die „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“. Das war ein wichtiger Meilenstein in der politischen Geschichte der Menschheit. Am 10. Dezember 1948 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“. Und die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ wurde am 4. November 1950 unter dem Dach des Europarates erstmals unterzeichnet. Alles alte Hüte, irgendwo zwischen einem Vierteljahrtausend und einem Dreivierteljahrhundert alt? Keine alten Hüte. Es ist kein Zufall, dass in den letzten Jahren, auch im letzten Nationalratswahlkampf, von der politischen Rechten die Menschen-

rechte immer wieder kritisiert und angegriffen wurden. Wir wollen in diesem Bildungskurier zeigen, dass die Menschenrechte von großer Bedeutung sind. Und zwar für verschiedenste Bereiche der Gesellschaft. Das reicht von der grundlegenden Daseinsvorsorge, über die Kinderrechte (für die gibt es eine eigene Konvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1989) oder Menschenrechte im Wirtschaftsleben. Und natürlich die Frage der Menschenrechte im Zusammenhang mit Migration und Asyl. Die verschiedenen Erklärungen der Menschenrechte sind so etwas wie Orientierungspunkte für angestrebte politische Entwicklungen und sie sind Schutzwälle für die Verteidigung menschengerechter Zustände. Also sehr wichtig in Zeiten wie diesen!

„Die verschiedenen Erklärungen der Menschenrechte sind Schutzwälle für die Verteidigung menschengerechter Zustände.“

- 4 **Interview:** Christopher Treiblmaier gibt einen Überblick über die Geschichte der Menschenrechte.

- 6 **Gleichberechtigung:** Dass wir noch großen Handlungsbedarf bei Frauenrechten haben, betont Petra Bayr.

- 7 **Kinderrechte:** Michael Lindner erklärt, warum Kinderrechte keine Option, sondern eine Verpflichtung sind.

- 8 **Humanitäre Verantwortung:** Über den Kampf um Menschenrechte in den Bereichen Asyl und Migration berichtet Ekber Gercek.

- 10 **Demokratie:** Über die Notwendigkeit öffentlich-rechtlicher Medien im digitalen Zeitalter berichtet Leonhard Dobusch.

- 11 **Gewerkschaft:** Susi Haslinger stellt die Kampagne „Sezonieri“ für die Rechte von Erntehelfer:innen vor.

- 12 **International:** Es braucht mehr als nur die Vorgaben der EU-Lieferkettenrichtlinie, betont Julia Wegerer.

- 13 **Innenpolitik:** Eine Einschätzung zu den derzeitigen Koalitionsverhandlungen gibt Bernd Dobsberger.

Inhalt



4



6



8



10



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoee.at, www.renner-institut.spoee.at
Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobsberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Iris Ratzenböck-Höllerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Barbara Hinterleitner, Laura Wiednig
Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch
Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.
Nr. 04/24, November, SPÖ OÖ-Info-Nr. 4/2024, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ OÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Schritte zu mehr Gerechtigkeit: Eine Chronik der Menschenrechte

Historiker Christopher Treiblmayr über Meilensteine und Herausforderungen und die Zukunft der Menschenrechte im Interview mit dem Bildungskurier.

Bildungskurier: Wie hat sich die Vorstellung von Menschenrechten im Laufe der Geschichte entwickelt?

Treiblmayr: „Menschenrechte“ unterliegen einem starken Wandel. Manche Vorstellungen lassen sich zwar bis in die Antike zurückverfolgen, in der Philosophen wie Aristoteles und Cicero über Konzepte von Gerechtigkeit und Würde nachdachten. Für das Mittelalter wird oft die „Magna Carta Libertatum“ von 1215, mit der dem englischen König vom revoltierenden Adel gewisse Rechte abgetrotzt wurden, als „Wurzel“ der Menschen- und Bürgerrechte genannt. Es ist jedoch wichtig, sich immer anzusehen, für welche Personenkreise solche Rechte galten. Wir dürfen unsere gegenwärtigen Vorstellungen von Menschenrechten nicht einfach in frühere historische Epochen rückprojizieren, sondern müssen uns immer genau ansehen, von welchen Rechten in welchem Kontext gesprochen wurde. Ein paradigmatischer Wandel lässt sich aber jedenfalls mit der europäischen Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert konstatieren, in der Vorstellungen von der universellen Anwendbarkeit von Rechten entwickelt wurden, die bis heute die Idee moderner Menschenrechte prägen.

Bildungskurier: Was waren die entscheidenden historischen Ereignisse, die zur Entstehung dieser Idee moderner Menschenrechte führten?

Treiblmayr: Hier sind verschiedene historische Ereignisse wichtig. Die in der Aufklärung entwickelten Konzepte von individuellen Rechten und sozialer Gerechtigkeit fanden in mehrere zentrale Dokumente Eingang. Dazu zählte die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776. In ihr war verankert, dass alle Menschen gleich erschaffen und mit von Gott verliehenen, unveräußerlichen Rechten ausgestattet seien. Ein weiterer bedeutender Schritt war die 1789 verabschiedete fran-

zösische Deklaration der Menschenrechte. Sie war die erste Menschenrechtserklärung Europas und beeinflusste die Entwicklung von Freiheitsbestrebungen und Demokratie in vielen Ländern. Schon früh wurden dabei aber auch die Ausschlüsse von großen Gruppen, etwa Frauen, als zentrale Versäumnisse angeprangert.

Bildungskurier: Welche Rolle spielen und spielten soziale Bewegungen und die Zivilgesellschaft in der Geschichte der Menschenrechte?

Treiblmayr: Soziale Bewegungen und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft waren und sind maßgeblich am Menschenrechtsdiskurs beteiligt. Den-

„Soziale Bewegungen und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft waren und sind maßgeblich am Menschenrechtsdiskurs beteiligt.“

ken Sie beispielsweise an die wesentliche Rolle, die Arbeiter*innenbewegungen und Frauenrechtsgruppen im 19. Jahrhundert und darüber hinaus bei der Propagierung und Umsetzung von Menschenrechtsideen spielten. Ich selbst arbeite derzeit an der Universität Wien an einem Buch zur Geschichte der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Diese zivilgesellschaftliche Vereinigung wurde 1926 in Wien gegründet, 1938 im Zuge des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich aufgelöst und bereits 1945/46 wiederbegründet. Sie ist damit die älteste Menschenrechts-NGO Österreichs. Die Liga leistete nach dem Zweiten Weltkrieg einen wesentlichen Beitrag zum Wiederaufbau der demokratischen Strukturen und zur Implementierung der Menschenrechte. Weitere Organisationen wie Amnesty International und soziale Bewegungen oder Grup-



Foto © Lars Ternes

Christopher Treiblmayr ist Historiker am Institut für Geschichte der Universität Wien und bei QWIEN – Zentrum für queere Geschichte.

pen in Bereichen wie LGBTIQ-Rechte oder Umweltschutz, die sich um den Schutz und die Verteidigung der Menschenrechte verdient gemacht haben, folgten.

Bildungskurier: Inwiefern war der Zweite Weltkrieg ein Wendepunkt in der Geschichte der Menschenrechte und welche Bedeutung hatte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948?

Treiblmayr: Man kann feststellen, dass die gravierenden Menschenrechtsverletzungen in der NS-Zeit und die Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges zu einem neuen Bewusstsein über die Notwendigkeit von universellen Menschenrechten und der Wahrung der Menschenwürde geführt haben. 1948 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (AEMR). Sie baute auf Grundlagen auf, wie sie durch die Amerikanische Unabhängigkeitserklärung und die französische Menschenrechts-

erklärung von 1789 gelegt worden waren. In der neueren Menschenrechtsforschung wird allerdings ebenso betont, dass man sich auch in dieser Phase genau anschauen muss, welche weiteren Faktoren, globalen Machtverhältnisse und politischen Kämpfe zu diesem Wandel beitrugen und welche Interessen dabei verfolgt wurden. Bei aller Vorsicht diesem Begriff gegenüber kann die AEMR trotz alledem sicherlich als Meilenstein in der Geschichte der Menschenrechte bezeichnet werden. Das Konzept der Menschenrechte erfuhr eine tragfähige internationale Verankerung, zahlreiche weitere Abkommen und Konventionen, wie die Europäische Menschenrechtskonvention von 1950, folgten auf dieser Basis, nationale Verfassungen wurden entscheidend geprägt, darunter die österreichische.

Bildungskurier: Wie hat sich der Diskurs über Menschenrechte seit dem Ende des Kalten Krieges verändert?

Treiblmayr: Zu den Diskussionen, die im Zusammenhang mit der AEMR in der historischen Forschung geführt werden, gehört auch die Frage, ob wirklich schon in den 1940er-Jahren der „Durchbruch“ der Menschenrechtsidee zu einer „globalen moralischen Sprache“ (Samuel Moyn) im heutigen Sinne erfolgte oder ob dies massenwirksam nicht erst später der Fall gewesen sei. Hier gibt es verschiedene Meinungen. Man kann jedenfalls sagen, dass sich der Diskurs über Menschenrechte seit

dem Ende des Kalten Krieges noch einmal erheblich veränderte und vermehrte internationale Präsenz sowie Breitenwirkung erlangte. Die Idee universeller Menschenrechte galt vielen gleichsam als Schlüssel für Frieden und Sicherheit. Gleichzeitig verstärkten sich schon seit der

”Die Idee universeller Menschenrechte galt vielen gleichsam als Schlüssel für Frieden und Sicherheit.“

AEMR geführte Diskussionen um eine Dominanz westlicher Werte im Menschenrechtsdiskurs und politische Instrumentalisierungen der Menschenrechtsidee – ein ambivalentes Gesamtbild also, das die Komplexität und Vielschichtigkeit von Menschenrechten veranschaulicht.

Bildungskurier: Was waren und sind Ihrer Meinung nach die größten Hürden für die weltweite Anerkennung der Menschenrechte und wie sehen Sie ihre Zukunft im 21. Jahrhundert?

Treiblmayr: Zweifelsfrei steht die Zukunft der Menschenrechte vor großen Herausforderungen, über die viel zu sagen wäre. Autoritäre Regime verletzen Menschenrechte systematisch. Internationale Reaktionen sind oft zögerlich, von spezifischen

”Autoritäre Regime verletzen Menschenrechte systematisch.“

Interessen beeinflusst oder zeigen wenig Wirkung. Globale Krisen wie der Klimawandel, Migration oder der technologische Fortschritt werden nur durch eine Zusammenarbeit zwischen Staaten, internationalen Organisationen und Zivilgesellschaft bewältigbar sein, wobei die Thematisierung von Fragen globaler Ungleichheit und Gerechtigkeit zentral sein wird. Was kann eine historische Perspektive zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen? Sie kann unter anderem zeigen, dass Menschenrechte keine rein lineare Erfolgsgeschichte sind und an die vielen Kämpfe um ihre Durchsetzung erinnern. Damit geraten zugleich die mit der Orientierung an Menschenrechten verbundene Legitimation, Kraft und Hoffnung sowie die Potentiale in den Blick, die sich – für alle Kulturen der Welt – aus ihrer Universalisierbarkeit ergeben. Die Menschheit wird die Menschenrechte auch im 21. Jahrhundert brauchen – und sie weiterentwickeln und um sie kämpfen müssen.

Die Idee der Menschenrechte im Wandel der Zeit – ein langer, harter Kampf um Rechte für alle.



Frauenrechte sind Menschenrechte!

Der internationale Kampf gegen Unterdrückung und für Gleichheit, Sicherheit und Selbstbestimmung.

PETRA BAYR

Die Vereinten Nationen verfolgten in den 15 Jahren ab der Jahrtausendwende die sogenannten Millennium Development Goals (MDGs). Acht Ziele, die vor allem an den globalen Süden gerichtet waren. Etwa zur Beendigung extremer Armut und Hunger oder für den Zugang zu Grundschulunterricht für alle Kinder. Eines war *Gesundheit der Mütter verbessern*. Darunter wurden quantifizierbare Ziele verstanden, wie die Reduktion der Müttersterblichkeit um drei Viertel und der Zugang zu medizinischer Versorgung für alle Schwangeren. Dieses Ziel war nach ökonomischen Maßstäben das kostengünstigste, und als nach Ablauf der eineinhalb Dekaden die Erfolge betrachtet wurden, war es das Ziel, bei dem die Weltgemeinschaft am weitesten von ihren eigenen Vorgaben entfernt war. Wie konnte das sein?

Frauenkörper, und damit die Gesundheit und Selbstbestimmung von Frauen, sind nach wie vor höchst ideologisch aufgeladene Themen. Fundamentalist:innen in allen relevanten Religionen der Welt lehnen es ab, dass Frauen selbst darüber bestimmen, mit wem sie wann wie viele Kinder bekommen oder eben nicht. Kinderehen, Teenagerschwangerschaften, weibliche Genitalverstümmelung, kein Zugang zu modernen Verhütungsmitteln oder die absolute Tabuisierung von Sexu-

Alle Frauen haben ein Recht auf ein gewaltfreies, selbstbestimmtes Leben!



alität fordern einen immensen Blutzoll, besonders unter Mädchen und jungen Frauen. Es ist eine traurige Tatsache, dass im globalen Süden bei 14- bis 19-jährigen Mädchen Schwangerschaftskomplikationen die häufigste Todesursache sind, gefolgt von Selbstmord.

Die Verweigerung jeder Zustimmung zu Selbstbestimmungsrechten von Frauen spiegelt sich auf UN- und internationaler Ebene wider: Dokumente zu scheinbar harmlosen Themen wie der „Verbesserung des Lebens von Frauen in ländlichen Gebieten“ scheitern, weil es keinen Konsens zur Einräumung frauenspezifischer Menschenrechte gibt. Länder mit fundamentalreligiösen oder rechtspopulistischen Regierungen waren und sind nicht bereit, insbesondere Frauen sexuelle und reproduktive Rechte einzuräumen. So muss auch das Nachfolgedokument der MDGs, die von 2015 bis 2030 geltenden Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs), ohne einen Verweis auf diese Rechte auskommen, weil es auf UN-Ebene keine Einigung dazu gab. Zwar liest sich das Ziel „*Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung, und die Einbeziehung der reproduktiven Gesundheit in nationale Strategien und Programme gewährleisten*“, aber hier ist nicht von den damit einhergehenden Rechten die Rede, die alle Menschen haben sollten, wenn es um ihren Körper, ihre sexuelle Orientierung oder die Wahl ihrer Partner:innen geht.

Auch in Europa kämpfen Frauen um ihre spezifischen Menschenrechte, etwa wenn es darum geht, gewaltfrei leben zu können. Die Türkei ist aus der Istanbul-Konvention ausgetreten, jenem dem Regelwerk des Europarats zu geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt, das als Goldstandard im Gewaltschutz gilt. Die Anzahl der Femizide war in der Türkei immer schon sehr hoch: 4.255 Mordfälle an Frauen, weil sie Frauen waren, sind zwischen 2010 und 2024 bisher nachgewiesen. Nach Angaben einschlägiger

DIE AUTORIN:

Petra Bayr

ist Abgeordnete zum Nationalrat, SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung und Außenpolitik und Mitglied der parlamentarischen Versammlung des Europarats.



„Auch in Europa kämpfen Frauen um ihre spezifischen Menschenrechte, etwa wenn es darum geht, gewaltfrei leben zu können.“

NGOs sind die sogenannten „verdächtigen Todesfälle“ von Frauen zwischen 2017 und 2023 um 82 Prozent gestiegen. In Polen mussten Frauen jahrelang während der PiS-Regierung um das Recht auf einen sicheren Schwangerschaftsabbruch kämpfen. Die jetzige Regierung versucht zwar die Gesetze zu ändern, diese werden jedoch vom immer noch im Amt befindlichen Präsidenten Duda zurückgewiesen.

Wohl am allerschlimmsten geht es derzeit Frauen in Afghanistan und im Iran. Die Taliban verwehren Mädchen und Frauen jegliche Bildung über die Grundschule hinaus. Sie dürfen kaum bezahlter Arbeit nachgehen und sich nicht ohne männliche Begleitung sowie absolut verhüllt im öffentlichen Raum aufhalten. Ähnlich strenge Bekleidungs Vorschriften wie dort gibt es auch im Iran. In beiden Ländern sind Frauen ohne Schutz vor Gewalt und rechtlicher Willkür. Der Straftatbestand der „Gender-Apartheid“ sollte daher durch den Internationalen Strafgerichtshof verfolgt werden können, da in beiden Ländern die strukturelle Unterdrückung und Benachteiligung durch herrschende Regime ganz klar gegen ein Geschlecht gerichtet ist.

Kinder verdienen mehr: Für eine Zukunft ohne Gewalt und Ungerechtigkeit

MICHAEL LINDNER

Kinderrechte sind keine Option, sondern eine Verpflichtung

Fangen wir bei den wesentlichen und unmissverständlichen Fakten an: Kinderrechte sind Menschenrechte. Daran gibt es nichts zu rütteln. Für mich ist klar: Nicht nur als Vater oder in meiner Rolle als Kinderschutz-Landesrat setze ich mich tagtäglich für die Einhaltung der Kinderrechte ein. Es ist auch als Mensch meine Pflicht, dies zu tun. Für uns alle sollte das Wohl unserer Kinder an oberster Stelle stehen – immerhin sind sie unsere Zukunft.

Im Jahr 1989 wurde weltweit ein Meilenstein für Kinder und Jugendliche gesetzt: Die Vereinten Nationen haben ein Übereinkommen über die Rechte des Kindes (UN-Kinderrechtskonvention) beschlossen, das am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung angenommen wurde. Mit der Ratifikation der Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 hat sich auch Österreich verpflichtet, die Rechte von Kindern und Jugendlichen einzuhalten.

„Es ist noch ein langer Weg bis zu echter Chancengerechtigkeit für alle Kinder – dafür müssen wir nicht einmal auf einen anderen Kontinent blicken.“

Jetzt kommt das „aber“: Es ist noch ein langer Weg bis zu echter Chancengerechtigkeit für alle Kinder – dafür müssen wir nicht einmal auf einen anderen Kontinent blicken. Auch in Österreich haben wir immer noch nicht alle unsere Hausaufgaben gemacht:

Noch immer ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen und noch immer kennt jedes vierte Kind Gewalt in der Fa-

milie. Das ist ein Skandal, den ich so nicht hinnehmen möchte. Ein Skandal, auf den wir jeden Tag aufmerksam machen müs-

„Noch immer ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen und noch immer kennt jedes vierte Kind Gewalt in der Familie.“

sen. Jedes Kind hat das Recht sicher und behütet aufzuwachsen. Jedes Kind hat auch das Recht in einer gewaltfreien Umgebung aufzuwachsen. Wie soll es sich sonst unbeschwert entfalten können?

Kinderrechte sichtbar machen

Um Kinderrechte stärker ins Bewusstsein zu rücken, hissen wir auch in diesem Jahr wieder die Kinderrechte-Fahne vor dem Landhaus. Gemeinsam mit der Kinder- und Jugendanwaltschaft starteten wir 2023 dieses Projekt, das wir auch heuer wieder fortsetzen werden. Hunderte Kinder und Jugendliche haben letztes Jahr mit ihrem Handabdruck auf der Fahne ein starkes Zeichen gesetzt: Kinderrechte müssen für alle Kinder gelten.

Kinder- und Jugendschutz auf Augenhöhe

Für Kinder und Jugendliche, die nicht bei ihrer Herkunftsfamilie leben können, bietet die Kinder- und Jugendhilfe (KJH) ein breit gefächertes Angebot. Ein zentrales Ziel ist es, ihre Beteiligung auf allen Ebenen zu fördern. 2015 wurde gemeinsam mit dem Verein So-

DER AUTOR:

Michael Lindner ist Landesrat für Kinder- und Jugendschutz, Tierschutz und Gemeinden.



zialpädagogik Oberösterreich der im deutschsprachigen Raum einzigartige Beteiligungsprozess „Moverz“ gestartet, der mittlerweile alle Wohngruppen in Oberösterreich umfasst. Dadurch werden Kinder und Jugendliche gestärkt, erhalten Mitsprache, erweitern ihre Fähigkeiten und übernehmen Verantwortung. Mit Kindern und Jugendlichen, die sich freiwillig melden, finden regelmäßige Austauschtreffen statt. Dabei berichten sie mir darüber, was sie gerade bewegt und wo sie sich mehr Unterstützung von der Politik erwarten.

Kinderrechte sind keine Option, sondern eine Verpflichtung. Es sind unsere Kinder, die die Zukunft gestalten und es ist unsere Aufgabe, ihnen den Schutz und die Chancen zu geben, die sie verdienen.

Kinderrechte-Fahne: Ein starkes Zeichen für alle Kinder vor dem Landhaus.



Foto © MecGreenie

Das Durchsetzen der Menschenrechte wird immer herausfordernder!

Trotz umfangreicher rechtlicher Rahmenbedingungen gibt es weltweit zahlreiche Herausforderungen bei der Umsetzung und Durchsetzung der Menschenrechte. Auch in Österreich hat sich die Haltung zu Menschenrechten, vor allem im Bereich Asyl und Migration, in den vergangenen Jahren verschlechtert.

EKBER GERCEK

Menschenrechte sind universelle Rechte, die jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion, sozialem Status oder anderen Unterschieden zustehen. Sie stellen den fundamentalen Rahmen für Freiheit, Gleichheit und Würde aller Menschen dar. Festgelegt sind diese grundlegenden Rechte jedes/jeder Einzelnen in der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR), einem der wichtigsten Dokumente der Menschheitsgeschichte.

So weit, so gut. Wie aber sieht es – vor allem bei den brennenden Themen Flucht und Migration – in der Praxis aus?

Die zunehmende Zahl von Menschen, die aufgrund von Konflikten/Kriegen, Armut oder Klimawandel aus ihren Heimatländern fliehen, hat zu einer Krise geführt, bei der Menschenrechte oft verletzt werden. Viele dieser Menschen haben keinen Zugang zu grundlegenden Rechten wie Bildung,

Menschenrechtsverletzungen und menschenunwürdige Lebensbedingungen gehören zum Alltag für Menschen auf der Flucht.



medizinischer Versorgung oder Asylverfahren. Die Rechte von Flüchtenden, und auch von Migrant:innen, werden oft missachtet. Viele Staaten erschweren den Zugang zu Schutz und Asyl.

„Auch in demokratischen Staaten wachsen die Herausforderungen bei der Durchsetzung von Menschenrechten.“

Auch in demokratischen Staaten wachsen die Herausforderungen bei der Durchsetzung von Menschenrechten. In Österreich etwa hat sich die Haltung zu Menschenrechten in den Bereichen Asyl und Migration in den vergangenen Jahren verschlechtert. Die Politik verwendet oft eine rechtsextreme Sprache und einen scharfen Ton und verbreitet in PR-Kampagnen beispielsweise negative Botschaften über Asylsuchende und Flüchtlinge. Und es werden – das Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951 negierend – immer mehr restriktive Maßnahmen gegen Flüchtende unternommen und somit Menschenrechtsverletzungen begangen. Hier zwei Beispiele:

- **Asylverfahren in Drittstaaten:** Einige EU-Länder, darunter Österreich, möchten Asylverfahren in Drittstaaten wie Ruanda oder Tunesien auslagern, um Asylsuchende fernzuhalten. Dies gefährdet die Menschenrechte,

DER AUTOR:

Ekber Gercek

ist Sozialwirt und Prokurist bei der Volkshilfe FMB GmbH. Seit 25 Jahren in Projektmanagement und Migrationssozialarbeit aktiv und Jurymitglied des Menschenrechtspreises des Landes OÖ.



da Schutzstandards in diesen Ländern oft unzureichend sind. Fälle von Menschenrechtsverletzungen, wie die Aussetzung von Asylsuchenden in Wüstenregionen, verdeutlichen die Risiken. Eine solche Politik könnte Menschenrechte als „Störfaktor“ behandeln.

- **Diskriminierung am Arbeitsmarkt:** Eine Studie der JKU Linz und des IHS zeigt, dass Migrant:innen in Österreich am Arbeitsmarkt benachteiligt sind: Sie verdienen durchschnittlich 18 % weniger als Österreicher:innen und müssen sich häufiger bewerben, um Vorstellungsgespräche zu erhalten. Diskriminierung tritt vor allem beim Bewerbungsprozess und bei der Bezahlung auf, kann aber auch Karrieremöglichkeiten und Kündigungen betreffen.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS)

Nicht unerwähnt bleiben darf in diesem Kontext das gemeinsame europäische Asylsystem. Es soll Asylverfahren innerhalb der EU standardisieren und faire Bedingungen für Schutzsuchende schaffen. Die kritische Analyse der Asylverfahren an den EU-Grenzen hebt jedoch drei zentrale Herausforderungen hervor:

- **Überlastung und Menschenrechtsverletzungen:** Die Grenzverfahren führen zu überfüllten Kapazitäten an den EU-Außengrenzen, was oft mit unzureichender rechtlicher Unterstützung, schlechten Lebensbedingungen und menschenunwürdigen Unterkünften einhergeht.
- **Abschottungspolitik:** Die EU zeigt Tendenzen zur Abschottung. Beschleunigte Grenzverfahren erhöhen das Risiko Asylsuchende ohne faire Prüfung abzuweisen, wodurch vor allem südeuropäische Länder wie Griechenland und Italien belastet werden.
- **Menschenrechtliche Bedenken bei Rückführungen:** Geplante Rückführungen könnten das Non-Refoulement-Prinzip verletzen, indem Schutzsuchende in unsichere Drittstaaten abgeschoben werden. Diese Reformen könnten den Schutzstandard in Europa gefährden und menschenwürdige Bedingungen für Flüchtlinge untergraben.

Die Rolle der NGOs

Neben NGOs, wie der Volkshilfe Flüchtlings- und Migrant:innenbetreu-

ung, der Caritas, der Diakonie oder SOS Mitmensch, spielen auch internationale NGOs eine entscheidende Rolle beim Schutz und der Förderung von Menschenrechten. Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und viele andere lokale Menschenrechtsorganisationen dokumentieren Menschenrechtsverletzungen, setzen sich für Opfer ein und üben Druck auf Regierungen aus, um Veränderungen zu erzwingen.

NGOs sind oft die ersten, die auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen. Sie arbeiten mit internationalen Organisationen zusammen, um Abhilfe zu schaffen. Sie sind besonders wichtig in Ländern, in denen die Regierung nicht in der Lage oder nicht bereit ist, Menschenrechte zu schützen.

Die Zukunft der Menschenrechte

Die Menschenrechte stehen an einem kritischen Punkt in ihrer Geschichte. Während immer mehr Staaten und internationale Organisationen ihre

Verpflichtungen gegenüber den Menschenrechten anerkennen, bleibt die Umsetzung oft unzureichend. Zudem

„Die Menschenrechte bilden die Grundlage für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in der Gesellschaft.“

entwickelt sich die Welt in rasantem Tempo und neue Herausforderungen wie künstliche Intelligenz zeigen, dass bestehende Menschenrechtsrahmen erweitert werden müssen. Die Menschenrechte bilden die Grundlage für ein friedliches und gerechtes Zusammenleben in der Gesellschaft. Sie garantieren die grundlegenden Freiheiten und Rechte jedes/jeder Einzelnen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Demokratischer Öffentlichkeit eine Plattform bieten

Öffentlich-rechtliche Medien im digitalen Zeitalter – ein Raum jenseits staatlicher und marktwirtschaftlicher Einflüsse als wichtiges Standbein für Menschenrechte.

LEONHARD DOBUSCH

Wenn Menschenrechte mit Medienbezug, wie Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit, verhandelt werden, dann in den meisten Fällen ganz klassisch als liberales Abwehrrecht gegen staatliche Zensur-, Geheimhaltungs- und Zwangsmaßnahmen¹. In vielen Ländern fehlen diese liberalen Abwehrrechte auch heute noch schmerzlich, wie der Blick nach Russland, China und viele andere autokratische Staaten lehrt.

„Wie so oft ist ein Verständnis von Menschenrechten, das primär die Abwehr staatlicher Eingriffe fokussiert, allerdings unzureichend.“

Wie so oft ist ein Verständnis von Menschenrechten, das primär die Abwehr staatlicher Eingriffe fokussiert, allerdings unzureichend. Robert Misik hat es einmal als „Halbe Freiheit“ bezeichnet, wenn mangels materieller Basis formal

Echte Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit ist mehr als das liberale Abwehrrecht gegen staatliche Zensur-, Geheimhaltungs- und Zwangsmaßnahmen.



postulierte Wahlfreiheit tatsächlich nur begüterten Bürgerlichen offensteht. Als Ausweg fordert Misik, dass der Staat sicherstellt, dass alle jene „Ressourcen zur Verfügung [haben], ohne die Freiheit nicht gedeihen kann.“² Konkret folgt daraus, dass Menschenrechte nur dann als gesichert gelten können, wenn (mehr als nur notwendigste) Grundbedürfnisse und zentrale Lebensrisiken über staatliche Institutionen abgesichert sind.

Wenn es um die eingangs zitierten Menschenrechte der Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit geht, stellen sich jedoch drei besondere und miteinander verschränkte Herausforderungen: erstens, so zentral deren Bedeutung für demokratische Öffentlichkeit und damit die offene Gesellschaft an sich ist, so schwierig ist es, mediale Grundbedürfnisse mittels staatlicher Institutionen sicherzustellen – schließlich sind ebendiese staatlichen Institutionen selbst regelmäßig Gegenstand von medialen Berichterstattung. Staatsmedien sind – Russia Today lässt grüßen! – eher Teil des Problems als der Lösung.

Zweitens ist nicht klar, was unter staatlich-medialer Daseinsvorsorge überhaupt zu verstehen wäre. Zentral für demokratische Öffentlichkeit ist ja der Aushandlungsprozess darüber, was (wahr und wichtig) ist. Es gibt keinen neutralen oder 'objektiven' Beobachtungspunkt, von dem aus diese Frage entscheidbar wäre.

Und drittens ist es auch keine Option, sich bloß auf die Rolle eines Schiedsrichters im medialen Wettbewerb zwischen privat-profitorientierten Anbietern auf ebensolchen (Digital-)Plattformen zurückzuziehen. Auch private Profitinteressen und damit verknüpfte Interessenskonflikte bedürfen medialer Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung, denen eine privatisierte Medienlandschaft entgegensteht.

DER AUTOR:

Leonhard Dobusch

ist Professor für Organisation an der Uni Innsbruck und wissenschaftlicher Leiter des Momentum Instituts. Über seine Arbeit als ZDF-Verwaltungsrat bloggt er regelmäßig bei netzpolitik.org.



Foto © Jana Madzigon

Wie lassen sich vor diesem Hintergrund medienbezogene Menschenrechte jenseits der Abwehr staatlicher Eingriffe stärken? Wenn Objektivität und Unabhängigkeit von (Eigen-)Interessen für Medien unmöglich zu erreichen sind, dann haben wir es im Idealfall mit einer Medienlandschaft zu tun, in der nicht einzelne Formen der Abhängigkeit dominieren, sondern in der sich verschiedene Formen von Abhängigkeit wechselseitig kontrollieren.³

In einer Welt, in der Öffentlichkeit zunehmend über wenige dominante, privat-zentralistische und datenkapitalistische Plattformen hergestellt wird, sind staatsferne Alternativen zu ebendiesen Plattformen notwendiger denn je. Umso wichtiger ist es, den seit langem praktizierten Pfad von öffentlich-rechtlichen Medien, als sowohl staats- als auch marktfernes Angebot, ins digitale Zeitalter fortzuschreiben – dafür müssen diese aber nicht nur als Inhalte-, sondern auch als Infrastrukturanbieter, demokratischer Öffentlichkeit im wörtlichen Sinne eine Plattform bieten.

¹ Dobusch, L. (2015). Digitales Update für die Freiheit. In: Krell, C./Moerschel, T. (Eds., 2015): Werte und Politik, Wiesbaden: Springer VS, 61-72, [https://www.dobusch.net/pub/uni-Dobusch\(2015\)update_fuer_freiheit-bookchapter.pdf](https://www.dobusch.net/pub/uni-Dobusch(2015)update_fuer_freiheit-bookchapter.pdf)

² Misik, R. (2012). Das laue Freiheitsgelaber der Rechten, https://misik.at/2012/09/das_laue_freihitsgelaber_der_rechten/

³ Dobusch, L. (2021). Wie unabhängig sind unabhängige Medien? Die 7 Typen von (Un-)Abhängigkeiten. Moment Magazin, <https://www.moment.at/story/wie-finanzieren-sich-unabhaengige-medien/>

Gewerkschaft macht sich für Erntehelfer:innen stark

Mit der Kampagne „Sezonieri“ verhilft die Gewerkschaft PRO-GE gemeinsam mit NGOs und Aktivist:innen Erntearbeiter:innen zu ihren Rechten.

SUSI HASLINGER

Der Preis für unser Gemüse

Schon vor der Teuerungskrise war der Preis für unser Gemüse – frisch, qualitativ hochwertig und regional auf unserem Teller – ein hoher. Zumindest für jene, die auf den Feldern und in den Gewächshäusern unsere Gurken, Erdbeeren und Co pflanzen und ernten.

Erntearbeit in Österreich ist eine schwere, schmutzige und gefährliche Arbeit. Die Beschäftigten auf Österreichs Feldern kommen ausnahmslos aus dem Ausland und gelten als eine der ausgebeuteten Gruppen an Arbeitnehmer:innen in Österreich. Unterentlohnung, überlange Arbeitszeiten, miserable Quartiere, gefährliche Arbeiten, die nichts mit der Erntearbeit zu tun haben, fehlender Sozialversicherungsschutz und vor allem auch – wie nicht zuletzt die Corona-Pandemie gezeigt hat – fehlende Sicherheitsmaßnahmen und Arbeitnehmer:innenschutz.

Ausbeutung und Abwanderung als Systemvorteil

Sie kommen aus Ungarn, Rumänien, Slowenien, aber auch der Ukraine und Serbien. Sie finden sich damit ab, für niedrige Löhne zu schlechten Bedingungen zu arbeiten und sie kommen wieder. Jahr für Jahr. Die Ausbeutung und vor allem die Ausbeutbarkeit dieser Personengruppen hat System und ist mittlerweile für ganze Dörfer existenznotwendig. Ich möchte das am Beispiel Rumäniens veranschaulichen: Viele der Erntearbeiter:innen waren ursprünglich selbst Subsistenzbauer:innen. Nach der Zerstörung der lokalen Landwirtschaft und dem Ausverkauf an industrielle Großgrundbesitzer kam es zu

einem massenhaften Zuzug in Industriestädte wie z.B. Sibiu. Dort konnte man zunächst noch Arbeit finden. Mit dem Niedergang der Industrie folgte die Wanderarbeitsmigration nach West. Ihre Kinder haben sie zu Hause bei den Großeltern gelassen, ganze Dörfer sind verwaist.

Von Feld zu Feld für die Rechte der Erntehelfer:innen

Seit 2014 versucht ein einzigartiger Zusammenschluss der Ausbeutung in der heimischen Landwirtschaft etwas entgegenzuhalten. Die Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) hat gemeinsam mit NGOs und engagierten Einzelpersonen, als Aktivist:innen, die Kampagne „Sezonieri“ (zu Deutsch: Saisonarbeiter:in) ins Leben gerufen.

Kostenlos und anonym wird den Erntehelfer:innen Information über ihre Rechte und Ansprüche in der jeweiligen Muttersprache geboten. Kein ganz leichtes Unterfangen, der Großteil der Erntearbeiter:innen hat eine große Skepsis gegenüber Institutionen – auch gegenüber solchen wie der Gewerkschaft. Ihre Verweildauer in Österreich ist nur kurz und das Wissen über die eigenen

DIE AUTORIN:

Susi Haslinger

ist Gründungsmitglied der „Sezonieri“-Kampagne und leitet die Grundlagenabteilung der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE).



Foto © Robert Wittek/PRO-GE

Rechte quasi nicht vorhanden. Das ist vor allem für die große, organisierte Betriebe gewohnte Gewerkschaft eine völlig neue Herangehensweise: Mit Gummistiefeln und Foldern bewaffnet, machen sie sich auf den Weg in die Felder im Eferdinger Becken, im Marchfeld, im Seewinkel und entlang der Martha-Dörfer im Tiroler Inntal. Die Erntearbeiter:innen haben eine Lobby. Denn Arbeitsrechte kennen keine Grenzen.

Schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne prägen das Leben vieler Erntehelfer:innen in Österreich – ein System, das dringend geändert werden muss.



Foto © Robert Wittek/PRO-GE

Die EU-Lieferkettenrichtlinie: Hoffnung für den globalen Menschenrechtsschutz

Ein ausbaufähiger wichtiger Schritt für mehr Sorgfaltspflichten für Unternehmen zur Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in globalen Lieferketten.

JULIA WEGERER

Die EU-Lieferkettenrichtlinie (CSDDD) bringt einen Paradigmenwechsel für unternehmerische Verantwortung entlang globaler Lieferketten. Seit Jahren lagern Unternehmen Produktionsschritte aus Kostengründen in Länder mit niedrigen Menschenrechts- sowie Umweltstandards aus. Ein einträgliches „Geschäft“: So hat die Internationale Arbeitsorganisation errechnet, dass Unternehmen jährlich illegale Gewinne in Höhe von 236 Milliarden US-Dollar aufgrund von Zwangsarbeit machen. Verantwortung mussten Unternehmen dafür bisher nicht übernehmen. Das ändert sich jetzt.

Die CSDDD verpflichtet Unternehmen, Sorgfaltspflichten auszuüben, damit Mensch und Umwelt in ihren Lieferketten vor negativen Auswirkungen geschützt werden und Missstände abgestellt oder gemindert werden. Das bedeutet aber nicht – wie oft fälschlich behauptet wird –, dass Unternehmen sämtliche Menschenrechtsverstöße

entlang ihrer gesamten Lieferketten beenden müssen und sonst haften. Die CSDDD sieht vielmehr ein Bemühen von Unternehmen vor. Unternehmen dürfen nicht mehr fahrlässig wegschauen, sondern müssen ihre Lieferketten auf Risiken durchleuchten und gegebenenfalls Maßnahmen setzen. Tut ein Unternehmen dies nicht, können Geldstrafen verhängt oder kann auf Schadenersatz geklagt werden.

Die CSDDD gilt für sehr große Unternehmen und wird in Österreich wohl nur zwischen 200-250 Unternehmen betreffen. Bedauerlich ist ebenfalls, dass im Zuge der Verhandlungen Teile der Lieferkette rausverhandelt wurden: So unterliegt etwa der Finanzsektor für sein gesamtes Kreditvergabegeschäft nicht der Sorgfaltspflicht.

Gemeinsam Mensch und Umwelt schützen!

Die CSDDD ist ein politischer Kompromiss und enthält viele Ansätze wie Verhaltenskodizes und Audits¹, auf die Unternehmen schon lange zurückgreifen. Aufgrund der systemischen Fehleranfälligkeit von Audits ein heikles Unterfangen. Umso wichtiger ist es, dass die Richtlinie partizipative und kollaborative Elemente

enthält, die als starke Werkzeuge für einen besseren Menschenrechtsschutz dienen können: die Einbeziehung von Gewerkschaften und NGOs in den Sorgfaltspflichtenprozess etwa. Sie sind es, die insbesondere im

DIE AUTORIN:

Julia Wegerer

ist als Juristin in der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien tätig.



Globalen Süden Missstände aufzeigen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen einfordern. Die CSDDD sieht aber auch die Zusammenarbeit mit Geschäftspartner:innen und Unterstützung von KMUs entlang der Lieferkette vor, um – gemeinsam mit Schulungen, Kapazitätsaufbau oder auch finanzieller Unterstützung – Verbesserungen herbeizuführen.

Zudem spricht die CSDDD die Rolle der EU-Unternehmen selbst an, die mit unfairen Einkaufspraktiken die Missachtung von Menschenrechten mitverursachen. Das ist etwa der Fall, wenn EU-Unternehmen Preise an ihre Lieferant:innen zahlen, die unter den Herstellungskosten des Produkts liegen und damit die Bezahlung von existenzsichernden Einkommen an die Arbeiter:innen verunmöglichen.

Wie geht es weiter?

Die CSDDD muss bis Juli 2026 in ein nationales Gesetz gegossen werden. Schwachstellen der Richtlinie können dabei bereinigt werden: Die CSDDD ist ein Mindeststandard, über den für eine effektive Regelung zum Schutz von Menschen hinausgegangen werden darf.

¹ Systematisches Überprüfungsverfahren, bei dem die Einhaltung und Wirkung bestimmter Standards, Vorschriften oder Verfahren überprüft wird.

Bis Juli 2026 muss die EU-Lieferkettenrichtlinie als nationales Gesetz umgesetzt werden – dabei kann Österreich Schwachstellen der Richtlinie ausbessern.



Der Preis ist heiß!

Bei den Koalitionsverhandlungen mit der Volkspartei und einem wahrscheinlichen dritten Partner taucht unweigerlich die Frage auf: Wie hoch wird der politische Preis für eine derartige Koalition sein, den die SPÖ dafür zahlen muss?

BERND DOBESBERGER

Seitdem das Ergebnis der Nationalratswahl vom 29. September feststeht, wird innerhalb der Sozialdemokratischen Bewegung darüber diskutiert, ob die Partei in eine der möglichen Koalitionen eintreten soll. Hans Peter Doskozil führt – gewohnt lautstark – das Lager der Gegner:innen einer Regierungsbeteiligung an und meinte, das „SPÖ-Ergebnis sei kein Regierungsauftrag“. Michael Ludwigs Wortmeldung tendiert eher in die andere Richtung: „Wir sind bereit Gespräche zu führen und in eine Regierung einzutreten, aber nicht um jeden Preis.“

Gegner:innen einer Regierungsbeteiligung argumentieren in erster Linie damit, dass die Sozialdemokratie sich in einer Koalition mit der ÖVP und NEOS mit ihren Anliegen nicht durchsetzen wird können und daher bei den nächsten Wahlen weiter Stimmen verlieren würde. Jene die eine Regierungsbeteiligung befürworten, sagen, dass eine Regierungsmehrheit ohne SPÖ nur mit den Freiheitlichen zustande kommen könnte und damit eine von der Industriellenvereinigung gewünschte FPÖ-ÖVP-Koalition die Folge wäre. Und fünf blau-schwarze Regierungsjahre könne niemand wollen. Damit stehen wir vor einem Dilemma, denn beide Argumentationslinien haben etwas für sich. Keine ist völlig absurd und einfach falsch. Aber ich denke, dass eine Regierung von Freiheitlichen und Volkspartei nicht einfach hingenommen werden darf. Also muss es darum gehen, zu versuchen, in einem Koalitionspakt eine Politik für die nächsten fünf Jahre festzuschreiben, die natürlich keine durchgängig sozialdemokratische sein kann, aber auf entscheidende gesellschaftliche Fragen tragfähige Antworten gibt.

Aber bevor ich versuche, diese Fragen bzw. die Stoßrichtungen der Antworten zu skizzieren, soll ein abschre-

ckendes Beispiel näher betrachtet werden. In Deutschland regierte seit 2021 eine Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP, sie war bei den Medien unten durch und Meinungsumfragen sagen, dass das auch bei den Wahlberechtigten so ist. Zwar ist am Beginn der Regierungszusammenarbeit der Koalitionsvertrag mit „Mehr Fortschritt wagen“ übertitelt worden, aber das Bündnis hat sich als dysfunktional entpuppt. Während der Regierungsjahre sind neue politische Herausforderungen aufgetaucht: der Überfall Russlands auf die Ukraine und der darauffolgende massive Anstieg der Energiepreise. Damit wurde ein massiver Teuerungsschub ausgelöst und damit brach auch das wirtschaftliche Wachstum ein. Ohne auf die näheren Ursachen dieser Entwicklungen einzugehen ist aber klar, dass die Ampel-Regierung damit umgehen musste, ohne entsprechende Gegenmaßnahmen vorher in den Koalitionsverhandlungen paktiert zu haben. Und damit brachen alle Widersprüche dieser Koalition auf! Insbesondere die Freien Demokraten – die um ihr parlamentarisches Überleben fürchten – forderten die Zustimmung von ihren Regierungspartnern für eine neoliberale Zumutung nach der anderen. Und es ist daher auch keine große

DER AUTOR:

Bernd Dobesberger ist Landesbildungsvorsitzender der SPÖ Oberösterreich.

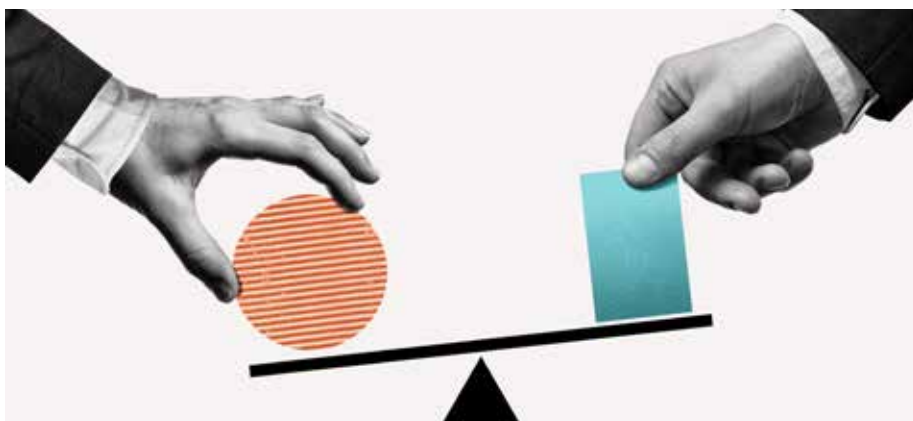


Überraschung gewesen als der Kanzler Olaf Schulz von der SPD Christian Lindner (FDP) als Finanzminister entließ und

„Wir leben in instabilen Zeiten und daher kann der beste Koalitionsvertrag keine Garantie für stabile fünf Regierungsjahre geben.“

damit diese Koalition beendete. Was das für Österreich heißt: ohne Risiko wird es nicht gehen. Wir leben in instabilen Zeiten und daher kann der beste Koali-

Koalitionsverhandlungen sind politische Balanceakte und bringen viele (strategische) Entscheidungen für die SPÖ mit sich.



tionsvertrag keine Garantie für stabile fünf Regierungsjahre geben.

Jetzt aber zu möglichen Projekten einer Dreierkoalition in Österreich. Das jetzt stark getrommelte Mantra von Sparbudgets darf so nicht akzeptiert

„Das jetzt stark getrommelte Mantra von Sparbudgets darf so nicht akzeptiert werden.“

werden. Wegen des Zustands der Staatsfinanzen, den Schwarz-Grün hinterlässt, wird in manchen Bereichen gespart werden müssen, aber es muss auch um zusätzliche Einnahmen von den Reichen in Österreich gehen. Und in bestimmten Bereichen brauchen wir deutliche Mehrausgaben. Die ökologische Transformation der Wirtschaft wird nur mit massiver staatlicher (Mit)Finanzierung funktionieren. Investitionen in klimagerechtes Wohnen, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der nötigen Infrastruktur für die Strom- und Wasserstoffversorgung, die Adaption der Industrie usw. usf. werden nur mit staatlicher Beteiligung und Steuerung gelingen. Die SPÖ hat im Wahlprogramm einen 20 Milliarden Topf für diese Transformation gefordert, das sollte aktiv in die Koalitionsverhandlungen eingebracht

werden. Eigentlich sollte dazu auch die Zustimmung der ÖVP (und auch der NEOS) möglich sein, denn zu offensichtlich ist, dass ohne kräftige staatliche Beteiligung die Transformation nicht gelingen wird.

Die derzeitige Entwicklung am Arbeitsmarkt beschrieb die oberösterreichische AMS-Landesgeschäftsführerin Iris Schmidt so: „Gering Qualifizierte und Menschen mit schlechten Sprachkenntnissen werden ersetzt. Es baut sich gerade ein Sockel an Arbeitslosen auf.“ Im Interesse der Betroffenen, der Wirtschaft und aller Steuerzahlenden wird es also sinnvoll sein in Qualifizierung zu investieren. Sowohl die ökologische Transformation der Wirtschaft als auch die Digitalisierung machen dies notwendig. Auch die Volkspartei sollte erkennen, dass die derzeit verfolgte Politik, Budgets für Qualifizierung und Beratung beim AMS zu kürzen, weder der Wirtschaft hilft noch für die Integration von Zugewanderten förderlich ist.

Und damit sind wir bei einem weiteren Stichwort. Auch für Integrationsmaßnahmen sind zusätzliche Mittel notwendig. Einerseits gebieten dies Moral, Anstand und Menschlichkeit, aber auch im Interesse benötigter Arbeitskräfte ist dies sinnvoll. Integration und Spracherwerb ist bei Leuten, die in nächster Zeit Alte pflegen sollen, in Wirtschaftshäusern kellnern und kochen sollen, die

klimafreundliche Heizungen einbauen sollen usw. usf. notwendig und sinnvoll. Auch das sollte mit bürgerlichen Koalitionspartnern machbar sein.

Und mit den Themen Pflege, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft oder Hochwasserschutz lässt sich diese Liste noch weiter fortsetzen. Aber ich denke, dass es allgemein gelingen muss mit Koalitionspartnern Projekte zu fixieren, die unterschiedliche Interessen berücksichtigen.

„Ich denke, dass es allgemein gelingen muss mit Koalitionspartnern Projekte zu fixieren, die unterschiedliche Interessen berücksichtigen.“

sichtigen. Die diskutierte Dreierkoalition sollte daher nicht grundsätzlich abgelehnt werden, auch der bedingungslose Vorteil einer Regierungsbeitragung kann nicht behauptet werden. Es geht nur in der Reihenfolge: verhandeln, Ergebnisse diskutieren und dann entscheiden, ob eine derartige Regierung besser als eine FPÖ-ÖVP-Koalition wäre.

RI RennerInstitut
OBERÖSTERREICH

GVV WIR BEWEGEN GEMEINDEN

SPÖ BILDUNG OBERÖSTERREICH

BILDUNGSPROGRAMM

2024/25



WERDE TEIL UNSERER LERNREISE UND MELDE DICH GLEICH AN!
renner-institut.spooe.at/unser-angebot/bildungsprogramm

RI RennerInstitut
OBERÖSTERREICH

SPÖ FRAUEN OBERÖSTERREICH


frauenwerkstatt

DIE FRAUENWERKSTATT OÖ startet 2025 in die vierte Runde. Ziel ist es, aktive Gemeinderätinnen zu unterstützen und neue interessierte Frauen für die politische Arbeit zu gewinnen. Der Lehrgang bietet fachliche und strategische Hilfe, stärkt das selbstsichere Auftreten sowie das frauenpolitische Bewusstsein und fördert Vernetzung und Austausch.

TERMINE: **Modul 1:** 18. Jänner 2025
Modul 2: 01. März 2025
Modul 3: 22. März 2025
Modul 4: 05. April 2025

ORT: Hotel Schillerpark, Linz



MEHR INFORMATIONEN
renner-institut.spooe.at/
frauenwerkstatt-2025



Bund sozialdemokratischer Akademiker:innen OÖ

Wirtschaftssymposium – Führungskräfteempfang

Austausch und Vernetzung ist gerade in politisch turbulenten Zeiten wie diesen wichtig. Daher lud der BSA OÖ und die SPÖ OÖ am 5. September 2024 zum Wirtschaftssymposium – Führungskräfteempfang in die VIP-Lounge im Blau-Weiß-Linz Stadion ein. Als besonderer Gast beehrte uns Ing. Andreas Matthä, CEO der ÖBB-Holding AG.

Der Vorsitzende des BSA OÖ, Stefan Etzelstorfer, und der Geschäftsführer des Blau-Weiß-Linz, Christoph Peschek, begrüßten die Gäste – bestehend aus Führungskräften und Entscheidungsträger:innen aus Politik und Wirtschaft. Die Gäste lauschten der Talkrunde von Andreas Matthä, Michael



Foto © MacGreenie

v.l.n.r. Stefan Etzelstorfer, Andreas Matthä, Eva-Maria Holzleitner, Michael Lindner, Nicole Trudenberger

Lindner sowie Eva-Maria Holzleitner. Thema der Talkrunde war die Transformation von Mobilität und welche Rolle ein öffentlicher Konzern wie die ÖBB dabei spielen kann sowie die Herausforderungen für Arbeitgeber:innen in Zeiten der Krise und wie Geschäftsführung und Sozialdemokratie miteinander für eine bessere Zukunft für alle Beteiligten beitragen können.

Junge Generation OÖ / Gemeindevertreter:innenverband OÖ

Rückblick: Zweiter Junger Gemeinde Dialog in Steyr

Am 31. August 2024 nahmen rund 100 junge Kommunalpolitiker:innen aus ganz Österreich im Museum Arbeitswelt in Steyr am zweiten bundesweiten Jungen Gemeinde Dialog teil. Eröffnet wurde die Veranstaltung von GVV-Bundesvorsitzenden Andreas Kollross sowie durch Bundesfrauenvorsitzende Eva-Maria Holzleitner und Landespartei-vorsitzenden Michael Lindner.

Das Podium wurde von Gemeinderätin Ines Emersberger moderiert. Einleitend hielt der Politologe Prof. Lukas Haffert von der Universität Genf ein Impulsreferat und beleuchtete anhand seines Buches „Stadt - Land - Frust“ die wachsenden Spannungen zwischen Stadt und Land und die politische Dimension dahinter.

Viele motivierte Gesichter im sonnigen Steyr vor dem Museum Arbeitswelt – eine erfolgreiche Veranstaltung.



Anschließend diskutierten die Teilnehmer:innen in Workshops, moderiert von den Nationalräten Philip Kucher, Max Lercher und Jan Krainer zu zentralen Themen: Gesundheitsversorgung für alle ohne finanzielle Hürden, tragfähige Gemeindefinanzen die Investitionen ermöglichen, sowie leistbaren Wohnraum und bessere Verkehrsverbindungen im ländlichen Raum.

Sozialistische Jugend OÖ

Smash it up Programm der SJ Oberösterreich

Die Sozialistische Jugend Oberösterreich bietet mit ihrer Jugendkulturschiene „Smash it up“ Angebote an, mit denen vor allem für Jugendliche ansprechende Events geschaffen werden können. Zu den Angeboten zählen Kinoabende inklusive Ton-technik, Film und Leinwand, Karaoke-Partys oder ein Festl-Package mit Liegestühlen, Mehrwegbechern und Griller. Die SJ unterstützt dabei gerne sowohl bei der Planung der Veranstaltung, bei der Bewerbung als auch bei der gesamten Durchführung.

Alle Angebote können auch im Winter in einem Innenraum abgehalten werden und gelten für ganz Oberösterreich. Egal ob Weihnachtsfeiern, winterliche Kinoabende oder Veranstaltungen mit Schwerpunkt für Jugendliche – die Sozialisti-

Karaoke – der lustige Stimmungsmacher auf jeder Party!



sche Jugend unterstützt mit ihrem Smash it up Angebot gerne deine Veranstaltung. Für mehr Infos zu den genauen Angeboten und den Preisen kann jederzeit im Landessekretariat der Sozialistischen Jugend unter 0664/1438409 angerufen werden.

Kontakt für Buchung und Fragen zum Angebot:
office@sj-ooe.at oder 0664/1438409

SPÖ Frauen OÖ

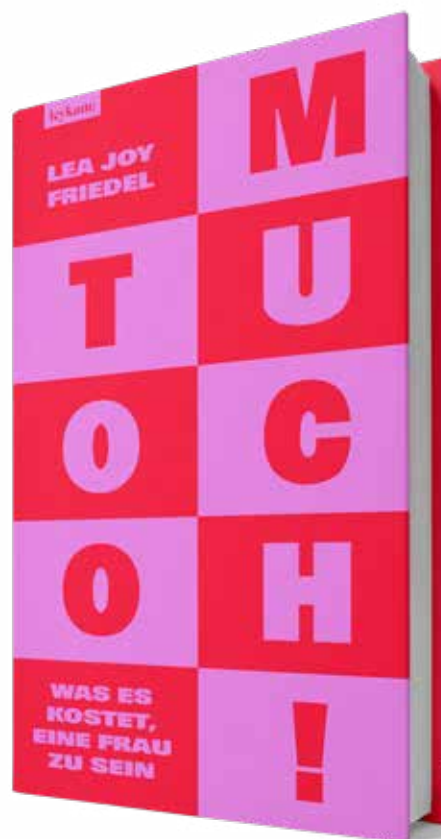
Leseempfehlung: TOO MUCH - was es kostet, eine Frau zu sein

Frauen verdienen weniger und zahlen mehr: für Produkte und Dienstleistungen, die speziell für Frauen vermarktet werden, für Menstruation und Verhütung, für Geburten und für Care Arbeit. Doch das ist längst nicht alles. Die patriarchalen Strukturen verlangen Frauen noch ganz andere Mehrkosten ab: Zeit, Einfluss, Energie. Lea Joy Friedel analysiert in ihrem neuen Buch die gesellschaftlichen Verhältnisse messerscharf. Mit Humor erzählt sie von Fallstricken, Erfolgen und vom Backlash. Sie wischt den Staub von den Strukturen und zeigt, was es braucht für eine faire Arbeitsteilung und eine gerechte Gesellschaft für alle.

LESUNG & DISKUSSION

Am Mittwoch, den 27. November 2024, findet um 18.30 Uhr im Central Linz (Landstraße 36, 4020 Linz) dazu eine Lesung & Diskussion statt.

Eine Kooperation zwischen Marie Jahoda – Otto Bauer Institut und den SPÖ Frauen OÖ



Geld, Energie, Zeit, Macht – von Frauen wird in vielen Bereichen mehr verlangt.

Renner Institut OÖ

Lehrgänge 2024/25 erfolgreich durchgestartet!

Das Bildungsjahr 2024/25 startete heuer gleich mit zwei Lehrgängen des Renner Instituts OÖ. Der neunte Durchgang der „Kommunalakademie“ begann unter der Leitung des Landesbildungsvorsitzenden der SPÖ OÖ Bernd Dobesberger. Die Teilnehmer:innen setzten sich intensiv mit der Geschichte und Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie auseinander und spannten den Bogen zu künftigen Chancen und Visionen. Der erste Abend diente dem gegenseitigen Kennenlernen und Netzwerken – ein zentraler Aspekt für die zukünftige kommunalpolitische Arbeit.

Parallel dazu startete der Lehrgang „Strategische Moderation“, in dem 18 angehende Trainer:innen des Renner Instituts OÖ ihre Ausbildung begannen. Mag. Siegmund Leitl leitete das erste Modul zu den Grundlagen der Moderationstechnik. Barbara Blaha übernahm das zweite Modul, in dem persönliche Kompetenzen im Bereich Rhetorik, Präsentation und Kommunikation gestärkt wurden.

Die zukünftigen Trainer:innen freuen sich schon auf die kommenden Module.



Topmotiviert starteten die Teilnehmer:innen in die neunte Kommunalakademie.

